

Lieber Bernhard, (liebe Kolleginnen und Kollegen),

Hiermit teile ich dir als Fraktionsvorsitzender der Grünen Landtagsfraktion (sowie euch als Kolleginnen und Kollegen) mit, dass ich aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie aus der Grünen Landtagsfraktion austrete. **Ich werde zukünftig als partei- und fraktionsloser Abgeordneter mein Mandat fortführen.** Nach fast 40jähriger Parteimitgliedschaft ist mir dieser Schritt nicht leichtgefallen, er ist über viele Monate gereift. Die Beschlüsse (insbesondere zum Thema Krieg) und die Art und Weise der Diskussionen auf unserer letzten BDK haben mich jedoch in meiner Entscheidung bestärkt. Folgende Hauptpunkte führen zu meiner Entscheidung:

1. Friedenspolitik statt Kriegspolitik und Kriegsrhetorik

Mit den Beschlüssen unserer letzten BDK haben wir uns auch als Partei - und nicht nur weite Teile unserer Grünen Führungselite - von unserem bisherigen Verständnis als Friedenspartei verabschiedet. Statt Frieden schaffen „mit immer weniger Waffen“ liefern wir aktuell schwere Waffen in Kriegsgebiete und verkaufen dies als alternativlos. Insbesondere fehlt jegliche Debatte innerhalb der Grünen Bundestagsfraktion und den grünen Regierungsmitgliedern über konkrete Schritte, diesen Krieg zu beenden und in eine Phase des Waffenstillstandes zu treten, um im Anschluss über eine Friedensordnung in friedlicher Coexistenz zu sprechen. Stattdessen erleben wir **eine dramatische Beschleunigung einer Eskalationsspirale** durch den ausschließlichen Einsatz von immer stärkerer Waffengewalt mit **dem Risiko (atomar)katastrophalem Ende**. Gerade von einer Grünen Partei erwarte ich konkrete Denk-Anstöße für eine öffentliche Debatte, die über die reine Lieferung von schweren Waffen hinausgeht. Gleichzeitig verbieten sich Waffenlieferungen (oder Energieeinkäufe) in Regionen - wie z.B. Saudi-Arabien -, die fürchterliche Kriege gegen andere Staaten führen (mit unendlichem Leid bei der Zivilbevölkerung) und die Menschenrechte mit Füßen treten. Wenn wir westliche Werte verteidigen, dann weltweit!

2. Konsequente Klimaschutzpolitik und Fortführung der Energiewende (ohne Atom)

Ich lehne den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken entschieden ab. Er bleibt trotz der aktuellen Energiekrise **sicherheitstechnisch, energiepolitisch und ökonomisch ein Irrweg**. Die Atomkraftwerke haben mittlerweile eine Betriebsdauer von weit über 30 Jahren. Die Störanfälligkeit nimmt damit statistisch gesehen erheblich zu. Durch den geplanten Abschalttermin Ende 2022 laufen die Kraftwerke seit 13 Jahren (seit 2009) ohne die periodischen Sicherheitsüberprüfungen. Insofern ist ein Weiterbetrieb dieser alten Atommeiler völlig inakzeptabel. Der ablehnenden Haltung des Bund für Umwelt und Naturschutz zum Weiterbetrieb der Atomkraftwerke kann ich mich deshalb nur ausdrücklich anschließen: *„Für die vermeintliche Netzstabilität in Süddeutschland leisten die annähernd ausgebrannten Brennstäbe im Emsland keinen Beitrag. Auch ein kurzfristiger Weiterbetrieb der AKW Neckarwestheim 2 und Isar 2 trägt weder zur Versorgungssicherheit noch zum Gassparen bei.“* (PM vom 18.10.2022)

Gleichzeitig setzen wir im Bereich der dringend notwendigen Energiewende aktuell die falschen Prioritäten. Wir werden nicht in zwei Jahren die Versäumnisse von zwei Jahrzehnten verfehlter Energiepolitik nachholen können. Und gleichzeitig durch den verstärkten Einsatz von Flüssiggas und Kohle unser noch verbliebenes Treibhausgasbudget erheblich plündern. Noch fataler sind die falschen finanziellen Prioritäten. Durch den erheblichen Einkauf von völlig überteuerter fossiler Energie sowie der damit verbundenen starken Schwächung von Industrie, Gewerbe, Handwerk und privaten Haushalten im Hinblick auf die Finanzkraft werden uns erhebliche finanzielle Mittel für die Energiewende fehlen. Darüber hinaus brauchen wir kein Sondervermögen von 100 Mrd. für die Bundeswehr, **sondern ein Sondervermögen für den Klimaschutz und ein Sondervermögen für eine Verkehrswende in Höhe von je mind. 100 Mrd. Euro**. Hier liegen nach wie vor die drängendsten Herausforderungen unserer Zukunft. Gut, dass „Fridays for Future“ hier die richtigen Forderungen an die Bundesregierung stellt. Mit der aktuellen Politik werden wir das 1,5 Grad Ziel nicht erreichen und den Kipppunkten rasant näherkommen.

3. Umverteilung von „Unten nach Oben“ ernsthaft beenden

Seit Jahrzehnten erleben wir eine beispiellose Politik der Umverteilung von „unten nach oben“. Und diese Umverteilung hat in den letzten Jahren noch an Geschwindigkeit zugenommen. Die Folgen sind unübersehbar: Immer mehr Menschen fühlen sich nicht mehr von den Parteien angesprochen, bleiben den

Wahlen fern (in Niedersachsen aktuell 40%!) oder wenden sich Parteien mit eher einfachen Lösungsangeboten zu. Millionen von Menschen sind durch jahrelange schlechte Beschäftigungsverhältnisse, miserable Behandlung, zu geringe Entlohnung und in den letzten Jahren stark gestiegenen Existenzängsten oder gar Existenzzerstörungen völlig zermürbt. Und gerade diesen Menschen mutet die Politik bei jeder weiteren Krise die größten Lasten zu. Und `haut auch noch so Sprüche raus` wie, „dann legt euch einen zweiten Pulli raus oder duscht halt schneller“.

Laut dem DGB Rheinland-Pfalz (Faktenblatt 7: Der Minijob – die Armutsfalle Nr. 1) fiel der Beschäftigungsrückgang bei den Minijobs im Corona Jahr 2020 zwölfmal höher aus als bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In Rheinland-Pfalz betraf das etwas mehr als 26.000 Menschen (Minijobquote im LK Kusel 19%). Über die schlechte Entlohnung ist die Altersarmut vorprogrammiert. Insbesondere Frauen sind hier betroffen, mit mehr als 60%-Anteil bei den geringfügig entlohnten Beschäftigten.

Laut Berechnungen der *Financial Times* (veröffentlicht im DIW Berlin, 21.Mai 2021) ist das Vermögen der Milliardärinnen und Milliardäre in Deutschland im Jahr 2020 um mehr als 100 Milliarden Euro (3% der Wirtschaftsleistung Deutschlands) angewachsen. Im gleichen Zeitraum schrumpfte die Wirtschaftsleistung um circa 170 Milliarden Euro oder 4,9%.

Zunächst durch die Coronamaßnahmen und nun verstärkt durch die sog. Entlastungspakete werden wiederum der Klein- und Mittelstand, der Industriestandort Deutschland in Gänze sowie die Menschen mit kleinem Geldbeutel extrem belastet. Viel Gießkanne, wenig gezielte Entlastung der Geringverdiener. Das alles müsste nicht sein. Denn wir sind noch eins der reichsten Länder dieser Welt. Und der Instrumentenkasten liegt schon lange auf dem Tisch: u.a. Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Einführung der Vermögenssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder progressive Besteuerung von Kapitalerträgen, um nur einige Beispiele zu nennen. Gerade der Finanzmarkt ist die Umverteilungsmaschine von „unten nach oben“. **Wann, wenn nicht jetzt, sorgen wir für eine Umverteilung von „oben nach unten“**, um den Menschen ein Gefühl von Gerechtigkeit und Fürsorge zurückzugeben? Die Bürger brauchen nicht Almosen, sondern angemessen bezahlte und zukunftsfähige Arbeitsplätze – in der Industrie, im Handwerk, im Klein- und Mittelstand.

4. Sofortige Beendigung der Coronamaßnahmen

Statt aus den Fehlern einer verfehlten Coronapolitik der letzten zweieinhalb Jahre zu lernen, verstetigen wir in zentralen Bereichen falsche politische Entscheidungen. Dringend müssen u.a. folgende Maßnahmen aufgrund der aktuellen Studienlage und den wissenschaftlichen Erkenntnissen beendet werden:

- Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht (auch Geimpfte sind Überträger von Infektionen)
- Keine Wiederbelebung von 3G in RLP (z.B. Testpflicht für Ungeimpfte im Krankenhaus- und Pflegewesen) und damit Fortführung einer inakzeptablen Diskriminierung
- Besuchsverbote müssen der Vergangenheit angehören; gerade erkrankte Menschen benötigen den Zuspruch von Angehörigen und Freunden für den individuellen Heilungsprozess
- Keine Pflicht eines Tragens von Masken in Fern- und Nahverkehr (viele europäische Länder haben sich davon seit Monaten verabschiedet, ohne eine Veränderung der Inzidenzlage)
- Aufhebung der Quarantänepflichten (Personalengpässe müssen vermieden werden)

Wir brauchen anstelle einer völligen Überhöhung der Impfung **einen umfassenden gesundheitspolitischen Ansatz**, der die Stärkung unseres Immunsystems - als DAS Fundament unserer Gesundheit - in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte stellt. Hierzu gehören u.a. die Themen Ernährung, gute und gezielte Nährstoff- und Vitaminversorgung (nicht nur für Risikogruppen), ausreichende Bewegung, angemessene Therapieansätze (wie bei jeder Infektionskrankheit) und insbesondere soziale Kontakte.

Gleichzeitig braucht es **eine Entschuldigung von Seiten der politischen Elite und Teilen der Medienwelt** für die verbalen „An- und Übergriffe“ auf Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen gegen eine mRNA-Therapie entschieden haben. Formulierung wie „Covid-Idioten, Corona-Leugner, Impfverweigerer, Schwurbler, Tyrannei der Ungeimpften, Forderungen nach Beugehaft usw.“ waren und sind beschämende verbale Übergriffe und Entgleisungen gegenüber Millionen (!) von Menschen. Beginnen muss **eine ehrliche Aufarbeitung** der z.T. überzogenen Entscheidungen im Rahmen der Corona Maßnahmen, damit wieder Vertrauen entstehen kann.

Mit diesem für mich drastischen persönlichen Schritt, möchte ich ein „Zeichen“ setzen – insbesondere ein „Zeichen“ in friedenspolitischer Hinsicht!

Vor dem Hintergrund meiner Ausführungen werde ich mich zukünftig als partei- und fraktionsloser Abgeordneter im rheinland-pfälzischen Landtag schwerpunktmäßig den Themen Energiewende, soziale Gerechtigkeit und der Gesundheitspolitik widmen.

Bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Landtag möchte ich mich abschließend ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren bedanken.